

# Chronik des Jahres 1939

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **32 (1940)**

Heft 1: **Volkseinkommen und Steuerbelastung**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352974>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltkrieg dem Bunde, den Kantonen und schliesslich auch den Gemeinden auferlegt, allgemein zu Steuererhöhungen führen werden. Der Bundesrat hat bereits damit begonnen, seine Vorschläge zuhanden des Parlamentes auszuarbeiten. Wir möchten nur hoffen, dass diese Steuern am richtigen Ort und in richtiger Höhe abgeschöpft werden, auf dass nicht neue Ungerechtigkeiten die Folge der neuen Steuern seien.

---

## Chronik des Jahres 1939.

### Schweiz.

22. Jan.: In der Volksabstimmung wird der Gegenvorschlag der Bundesversammlung betreffend das Dringlichkeitsrecht mit 342,760 Ja gegen 154,787 Nein und mit 21 gegen 1 Ständesstimmen angenommen. Die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit wird mit 140,655 Ja gegen 343,309 Nein und alle Ständesstimmen abgelehnt.
2. Febr.: Der Nationalrat lehnt mit 93 gegen 71 Stimmen die Amnestie für die Spanienfreiwilligen ab.
3. Febr.: Der National- und Ständerat beschliessen die Verlängerung der Rekrutenschulen.  
Die Bundesversammlung stimmt dem Gesetz über die Melioration der Linthebene zu.  
Die Bundesversammlung nimmt ein Bundesgesetz an über die Abänderung des Bundesgesetzes betreffend die Militärorganisation (Verlängerung der Rekrutenschulen und Neuordnung der Unteroffiziers- und Offiziersschulen).
14. Febr.: Der Bundesrat anerkennt die «national»-spanische Regierung General Francos de jure.
5. März: Der Bundesbeschluss über schweizerische Kulturwahrung und Kulturwerbung wird im Nationalrat und Ständerat genehmigt.
6. März: Das Gesetz über die Exportrisikogarantie wird von den eidgenössischen Räten angenommen.
20. März: Bei den Wahlen zum zürcherischen Kantonsrat erhalten Mandate: Bauernpartei 24, Christlichsoziale 12, Demokraten 13, Evangelische Volkspartei 1, Jungbauern 3, Kommunisten 1, Sozialdemokraten 53, Landesring der Unabhängigen 14. Die Nationale Front verliert ihre sämtlichen 6 Sitze. Die Sozialdemokraten gewinnen 4 Sitze.
21. April: In der Antwort des Bundesrates auf die Frage der deutschen Reichsregierung, ob sich die Schweiz seitens Deutschlands bedroht fühle, wird ausgeführt, dass die Schweiz auf die ihr gegebenen Zusicherungen vertraue und sich im übrigen auf ihre starke Armee stütze.
6. Mai: In Zürich wird die 5. schweizerische Landesausstellung eröffnet.

7. Mai: Anlässlich der Wahlen zum bündnerischen Grossen Rat erhalten die Demokraten 41 (24), die Konservativen 27 (27), die Freisinnigen 21 (29), die Sozialdemokraten 9 (6) und die Wilden 1 (3) Sitze.
4. Juni: Bei einer Stimmenbeteiligung von 53 Prozent wird die Vorlage betreffend Arbeitsbeschaffung und Landesverteidigung mit 443,960 Ja gegen 198,598 Nein bei 19 annehmenden und 3 verwerfenden Ständen angenommen.
5. Juni: Der Bundesrat verbietet die «Schweizer-Zeitung am Sonntag» für drei Monate.
22. Juni: Das Parlament genehmigt ein Bundesgesetz über die Abänderung des Bundesgesetzes betreffend die Militärorganisation (Organisation des Militärdepartementes und der Armeeleitung).  
National- und Ständerat stimmen dem Bundesgesetz über die Aenderung des Dienstverhältnisses und der Versicherung des Bundespersonals zu.
5. Juli: In Zürich wird der 8. Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes eröffnet.
8. Juli: Der Landesrahmenvertrag zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband schweizerischer Metall- und Maschinen-industrieller wird um fünf Jahre verlängert.
15. Juli: Im Prozess des «Bundes treuer Eidgenossen» werden die sieben Hauptangeklagten wegen verbotenen Nachrichtendienst zu Strafen von zwei Monaten Gefängnis bis zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.
29. Juli: Die Initiative der Sozialdemokratischen Partei betreffend Volkswahl des Bundesrates wird mit 157,081 gültigen Unterschriften eingereicht.
24. Aug.: Deutschland erneuert seine Neutralitätsversicherung gegenüber der Schweiz.
27. Aug.: Der Bundesrat ruft für den 28. August morgens 5 Uhr den Grenzschutz unter die Fahnen und beruft auf den 30. August die Bundesversammlung zur Erteilung von Sondervollmachten an den Bundesrat und zur Wahl des Generals ein.
28. Aug.: Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement verhängt die Bezugssperre über diejenigen Nahrungsmittel, für die die Anlage von Notvorräten empfohlen worden war.
30. Aug.: National- und Ständerat genehmigen einstimmig den Bundesbeschluss über die Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität. In gemeinsamer Sitzung wird hierauf Oberstkorpskommandant Henri Guisan mit 204 Stimmen zum General und Oberbefehlshaber der schweizerischen Truppen ernannt.
1. Sept.: Der Bundesrat beschliesst die Generalmobilmachung der schweizerischen Armee. Erster Mobilisationstag ist der 2. September. Der Bundesrat erlässt eine Verordnung über die Arbeitsdienstpflicht.
- Der Bundesrat heisst einen Bundesratsbeschluss betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung gut.

16. Sept.: Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz stimmt dem Ausschluss Léon Nicoles aus der Partei mit 44 gegen 5 Stimmen zu.
21. Sept.: Der Bundesbeschluss über die Krisenunterstützung für Arbeitslose wird von den eidgenössischen Räten genehmigt.
17. Okt.: Der Bundesrat erhöht die Notunterstützung bis zu 30 Prozent.
29. Okt.: In Zürich schliesst die 5. Schweizerische Landesausstellung ihre Tore.

Die Nationalratswahlen ergeben folgendes Resultat: Freisinnige (einschliesslich 1 Glarner Demokrat) 51 (bei den Wahlen 1935: 48), Katholisch-Konservative 43 (42), Sozialdemokraten (ohne die Anhänger Nicoles) 45 (50), Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 22 (21), Liberal-Konservative 6 (7), Freie Demokraten (mit dem im Kanton Baselland gewählten Freiwirtschaftler) 7 (7), Unabhängige 9 (7), Nicole-Sozialisten 4 (0).

3. Dez.: Bei einer Stimmbeteiligung von 62 Prozent wird die Vorlage betreffend die Besoldungen und die Versicherung des Bundespersonals (Verständigungsvorlage) in der Volksabstimmung mit 481,035 Nein gegen 290,238 Ja abgelehnt.
12. Dez.: National- und Ständerat lehnen die Milderung des Lohnabbaues des Bundespersonals für das Jahr 1940 ab.
13. Dez.: Bei den Bundesratswahlen werden die bisherigen sieben Mitglieder des Bundesrates in ihren Aemtern bestätigt.
20. Dez.: Der Bundesrat fasst Beschluss über die Lohnausfallentschädigung während des Militärdienstes. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden verpflichtet, ab 1. Februar 1940 je zwei Prozent des Lohnes in Ausgleichskassen abzuführen.

## Ausland.

20. Jan.: Reichsbankpräsident Schacht wird abberufen. Zu seinem Nachfolger wird Dr. Funk ernannt.
26. Jan.: Die Truppen des Generals Franco besetzen Barcelona.
29. Jan.: Zwischen dem polnischen Aussenminister Beck und Reichsaussenminister v. Ribbentrop wird ein Abkommen abgeschlossen, in dem sich Polen und Deutschland zur gütlichen Regelung aller Streitigkeiten verpflichten.
10. Febr.: Papst Pius XI. stirbt im Alter von 82 Jahren in Rom.
27. Febr.: Grossbritannien und Frankreich anerkennen die Regierung des Generals Franco de jure.
28. Febr.: Der spanische republikanische Staatspräsident Azaña tritt zurück.
2. März: Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli wird im Konklave zum neuen Papst gewählt. Er nimmt den Namen Pius XII. an.
15. März: Auf Befehl des Reichskanzlers Hilter marschiert die deutsche Wehrmacht in der Tschechoslowakei ein und besetzt Prag. Polen und Ungarn erhalten je einen Teil des tschechoslowakischen Rumpfstaates.

21. März: Litauen tritt das Memelgebiet an Deutschland ab.
28. März: Nach beinahe 2½jährigem heldenhaftem Widerstand ergibt sich Spaniens Hauptstadt, Madrid, den Truppen des Generals Franco.
5. April: Mit 505 von 909 abgegebenen Stimmen wird Albert Lebrun zum zweitenmal zum Präsidenten der französischen Republik gewählt.
7. April: Italien stellt ein Ultimatum an Albanien. Nachdem dieses abgelehnt wird, besetzt die italienische Armee Albanien.
14. April: Roosevelt richtet an Hitler und Mussolini eine Botschaft, in der er sie ersucht, zur Sicherung des Friedens sich zu verpflichten, auf zehn Jahre hinaus keinen Angriff auszuführen.
26. April: Auf Vorschlag der englischen Regierung beschliesst das Unterhaus mit 376 gegen 146 Stimmen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.
27. April: Deutschland kündigt den Nichtangriffspakt mit Polen und das deutsch-englische Flottenabkommen. Von Polen fordert Hitler die Rückgabe Danzigs und eine exterritoriale Strasse und Bahn durch den polnischen Korridor.
2. Mai: Der russische Aussenminister Litwinow wird im Aussenkommissariat durch den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissäre Molotow ersetzt.
7. Mai: In Mailand wird zwischen dem italienischen Aussenminister Ciano und dem Reichsaussenminister von Ribbentrop ein Militärbündnis abgeschlossen.
15. Mai: An Stelle de Brouckères wird der Holländer J. W. Albar da zum Präsidenten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ernannt.
23. Juni: Frankreich tritt den Sandschak von Alexandrette an die Türkei ab. Es wird der Abschluss eines Beistandspaktes zwischen Frankreich und der Türkei in Aussicht genommen.
3. Juli: Bei den Wahlen zum Finnischen Reichstag erhalten die Sozialdemokraten 85 (83), die Bauernunion 56, die Unionisten 23, die Schwedische Volkspartei 17, die Fortschrittspartei 8, die faschistische IKL-Partei 7 (14), die Kleinlandwirtschaftspartei 3 Sitze und die Aaalsunion 1 Sitz. Die Regierung setzt sich zusammen aus Sozialdemokraten, Mitgliedern der Bauernunion und der Fortschrittspartei.
10. Juli: Mannheimer, Chef des Bankhauses Mendelsohn in Amsterdam, begeht Selbstmord. Die Mendelsohn-Bank erklärt ihre Zahlungsunfähigkeit.
23. Juli: Sir Neville Henderson, britischer Botschafter in London, fliegt zu Hitler nach Berchtesgaden und überbringt diesem eine Warnung Chamberlains, in der ausgeführt wird, dass Grossbritannien im Falle der Verletzung der polnischen Unabhängigkeit die Polen unterstützen werde.
- Gauleiter Forster wird zum «Staatsoberhaupt» der freien Stadt Danzig ernannt.
24. Juli: Zwischen dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissäre Molotow und dem deutschen Reichsaussenminister von Ribbentrop wird in Moskau ein Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen.

- 26. Juli:** Die Vereinigten Staaten von Nordamerika kündigen den Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Japan.
- 24. Aug.:** Zwischen Grossbritannien und Polen wird ein Bündnisvertrag abgeschlossen.
- 30. Aug.:** Hitler bildet unter dem Vorsitz Görings einen Ministerrat für die Reichsverteidigung.
- 1. Sept.:** Unter dem Vorwand, polnische Truppen hätten die deutsche Grenze verletzt, erteilt Hitler der Reichswehr den Befehl zum Angriff auf den polnischen Staat. In einer Sitzung des Reichstags wird Danzig dem Grossdeutschen Reich eingegliedert. Damit hat der neue Weltkrieg begonnen.  
Grossbritannien und Frankreich ordnen die Generalmobilmachung ihrer Truppen an.
- 2. Sept.:** Grossbritannien und Frankreich richten an das Dritte Reich ein Ultimatum.
- 3. Sept.:** Grossbritannien und Frankreich erklären dem Deutschen Reich den Krieg. England wird von dem grössten Teil seiner Dominien unterstützt.
- 4. Sept.:** Der englische 14.000-Tonnen-Dampfer «Athenia» wird von einem deutschen U-Boot in der Nähe der Hebriden-Inseln versenkt.
- 14. Sept.:** In Frankreich bildet Ministerpräsident Daladier ein Kriegskabinet.
- 17. Sept.:** «Zum Schutze der Minderheiten» überschreiten sowjetrussische Truppen die russisch-polnische Grenze und fallen der polnischen Armee ohne Kriegserklärung in den Rücken.  
Die polnische Regierung flieht auf rumänisches Gebiet.
- 21. Sept.:** Der rumänische Ministerpräsident Calinescu wird von Mitgliedern der faschistischen «Eisernen Garde» ermordet.
- 26. Sept.:** Die französische Regierung löst die Kommunistische Partei Frankreichs auf.
- 27. Sept.:** Das in Trümmer geschossene Warschau ergibt sich den deutschen Belagerern.
- 28. Sept.:** Russland und Deutschland schliessen in Moskau einen Freundschafts- und Grenzvertrag, teilen Polen unter sich auf und erlassen ein Friedensangebot an die Westmächte.
- 29. Sept.:** Sowjetrussland schliesst mit Estland einen «gegenseitigen Hilfspakt» ab, wobei Estland Flotten- und militärische Stützpunkte an Russland abtreten muss.
- 5. Okt.:** Sowjetrussland schliesst mit Lettland einen «Beistandspakt», wobei Lettland den Russen Flotten- und Luftstützpunkte abtritt.
- 10. Okt.:** Sowjetrussland schliesst mit Litauen einen Vertrag ab, wonach Wilna an Litauen zurückgegeben wird und sowjetrussische Truppen in Litauen einmarschieren.
- 19. Okt.:** In Ankara wird der englisch-französisch-türkische Militärpakt unterzeichnet.

27. Okt.: Mit 63 gegen 30 Stimmen genehmigt der amerikanische Bundessenat die Abänderung des Neutralitätsgesetzes. (Aufhebung des Waffenausfuhrverbots.)
30. Okt.: Mussolini bildet die italienische Regierung um, wobei vor allem der bisherige Parteisekretär, Minister Starace, von seinem Amt zurücktritt.
2. Nov.: Mit 242 gegen 181 Stimmen genehmigt das amerikanische Repräsentantenhaus die Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes.
6. Nov.: Königin Wilhelmine der Niederlande und König Leopold der Belgier unternehmen eine neue Friedensinitiative, die jedoch scheitert.
8. Nov.: In München ereignet sich nach einer Rede Hitlers zur Erinnerung an den nationalsozialistischen Putsch von 1923 eine schwere Explosion, der acht Personen zum Opfer fallen.
16. Nov.: Im Protektorat Böhmen und Mähren brechen Unruhen aus, an denen vorwiegend Studenten beteiligt sind. Das Landesrecht wird verhängt, die Hochschulen werden auf drei Jahre geschlossen. 120 Studenten werden erschossen.
20. Nov.: Die englische und die französische Regierung beschliessen Gegenmassnahmen gegen die überhandnehmende Torpedierung und Minenlegung. Vom 4. Dezember an wird die Kontrolle der deutschen Ausfuhr eingeführt.
26. Nov.: Sowjetrussland verlangt die Zurückziehung der finnischen Truppen bis 26 km hinter die finnisch-russische Grenze. Den Grund bildet eine angebliche Bedrohung Leningrads durch Finnland.
28. Nov.: Sowjetrussland kündigt den russisch-finnischen Nichtangriffspakt.
30. Nov.: Russische Truppen überschreiten die finnische Grenze ohne Kriegserklärung.
1. Dez.: Die finnische Regierung tritt zurück. Die neue Regierung, unter dem Vorsitz von Ryti, ersucht Sowjetrussland um die Einleitung von Friedensverhandlungen.  
Moskau setzt unter dem Vorsitz von Kuusinen eine «Regierung der demokratischen finnischen Republik» ein.
12. Dez.: Zwischen den Finanzministern Grossbritanniens und Frankreichs wird ein englisch-französisches Wirtschafts- und Finanzabkommen geschlossen, nach dem die gesamte französische und englische Wirtschaft koordiniert werden soll.
13. Dez.: In Schweden bildet sich eine neue Koalitionsregierung unter Einbezug aller grösseren Parteien. Der Sozialdemokrat Hansson bleibt Ministerpräsident. Der bisherige Aussenminister Sandler tritt zurück.
13. Dez.: Im Südatlantik findet die erste Seeschlacht dieses Krieges statt. «Admiral Graf Spee» flieht in den Hafen von Montevideo.
14. Dez.: Der in Genf versammelte Völkerbundsrat beschliesst, Sowjetrussland aus dem Völkerbund auszuschliessen.
17. Dez.: Der deutsche Taschenpanzerkreuzer «Admiral Graf Spee» wird in der Mündung des Rio de la Plata von der eigenen Mannschaft versenkt.